

femmes protestantes

12. Oktober 2026

Stellungnahme der femmes protestantes NEIN zum veränderten Kriegsmaterial-Gesetz

Am 29. November 2026 steht die Abstimmung über das neue Kriegsmaterialgesetz an. femmes protestantes empfiehlt ein klares NEIN.

Das Pro-Komitee und die Mehrheit des Parlaments bestehend aus SVP, FDP, Die Mitte und Grünliberalen will das Kriegsmaterialgesetz korrigieren «zugunsten der Verteidigungsfähigkeit und zugunsten des Forschungs-, Industrie- und Technologiestandorts Schweiz.» Gerade in unsicheren Zeiten sei eine leistungsfähige industrielle und technologische Basis für die Schweiz von grösster Wichtigkeit. Sie trage zur Einsatzbereitschaft der Armee bei, stärke den Forschungs- und Wirtschaftsstandort und Sorge dafür, dass Know-how und Innovation im Land erhalten blieben.¹

Drei Bereiche stechen dabei besonders hervor:

1. die fast vollständige Abschaffung der Nichtwiederausfuhr-Erklärungen
2. die umfassende Ausnahmekompetenz des Bundesrates sowie
3. die Schweiz als trittbrettfahrende Profiteurin.

femmes protestantes engagiert sich für globale Geschlechtergerechtigkeit und eine feministische Friedenspolitik. Sie ist Teil der [Allianz gegen die Aushöhlung des Kriegsmaterialgesetzes](#).

femmes protestantes erachtet es als wichtig, den Multilateralismus und die völkerrechtlichen Regeln zu stützen. Umso mehr, als die Schweiz ein kleiner Staat ist, der auf Fair Play angewiesen ist. Die Waffenexporte der Schweiz unterliegen verschiedenen völkerrechtlichen Bestimmungen. Diese ergeben sich beispielsweise aus dem Neutralitätsrecht, dem Arms Trade Treaty der Vereinten Nationen oder dem Verbot der Uno-Charta, einem Aggressor zu helfen. Des Weiteren gilt die Pflicht, für die Einhaltung der Genfer Konventionen zu sorgen.

Die Abschaffung der Wiederausfuhr-Erklärungen

Bisher durften Schweizer Waffen grundsätzlich nicht in Länder exportiert werden, die in einen bewaffneten Konflikt verwickelt waren. Neu sollen 25 Staaten – mehrheitlich EU- und NATO-Länder sowie die USA, Kanada, Australien, Japan, Neuseeland und Argentinien – von dieser Regel ausgenommen werden. Für die Ukraine gelten diese Ausnahmen nicht.

¹ <https://kriegsmaterialgesetz.ch/> heruntergeladen am 12.10.2026

femmes protestantes

12. Oktober 2026

Zudem soll die Nichtwiederausfuhr-Erklärung abgeschafft werden. Damit könnten Empfängerstaaten in der Schweiz gekauftes Kriegsmaterial grundsätzlich ohne die bisherige Zustimmung der Schweiz an Drittstaaten weitergeben – auch an aktive Konfliktparteien oder Staaten, die Menschenrechte verletzen.

Die umfassende Ausnahmekompetenz des Bundesrates

Mit dem neuen Gesetz könnte der Bundesrat diese Verpflichtungen einhalten. Er muss jedoch nicht². Das schafft eine schwierig auszuhaltende Rechtsunsicherheit, die als Förderung für den Industrie- und Forschungsstandort Schweiz verkauft wird und die Bevölkerung im Glauben zu lässt, dies sei Sicherheitspolitik. Das ist moralisch und ethisch verwerflich.

Für femmes protestantes steht zudem im Zentrum: Waffen tragen nie nur zur Beseitigung von Konfliktursachen bei, sie helfen auch bei der Eskalation. Dies weiss die Schweiz mit ihrer langen Tradition der zu Hause aufbewahrten Armeewaffen, die vielen Frauen und Partnerinnen von Armeeangehörigen in der Schweiz das Leben kostete³.

Die Schweiz hatte mit dem bisherigen Waffenausfuhr-Gesetz eine mit wenigen Ausnahmen gute Kontrolle der Waffenausfuhr. Diese aufzugeben und kriegstreibenden Organisationen und Staaten wieder Waffen zu verkaufen, trüge entscheidend zur Unsicherheit auf der Welt bei.

Die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates und die daraus entstandene Frauen-, Frieden- und Sicherheits-Agenda (kurz: WPS-Agenda⁴), die auch die Schweiz ratifiziert hat, verpflichtet speziell zum Schutz Betroffener und, dass ihre Sicherheit ins Zentrum politischen Handelns gestellt wird. Ein vereinfachter Export von Waffen in Kriegsgebiete widerspricht dem diametral. Damit würden zur Förderung des eigenen Industrie- und Wirtschaftsstandorts die rund 676 Millionen Frauen und Mädchen geopfert, die bereits in Konfliktregionen leben.

² https://direkt-magazin.ch/featured/sldrt/das-neue-kriegsmaterialgesetz-ist-gemaess-juristinnen-zu-extrem/?mtm_campaign=nl&mtm_source=direkt261011&nlpopup=stop heruntergeladen am 12.10.2026

³ <https://www.admin.ch/de/nsb?id=104306>: heruntergeladen am 12.10.2026

Gemäss einer 2025 im Auftrag des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) veröffentlichten Studie zu Schusswaffentötungen wurden zwischen 2015 und 2022 im häuslichen Bereich 41 vollendete Tötungsdelikte mit Schusswaffen begangen. Bei mindestens 10 Tatwaffen handelte es sich nachweislich um ehemalige Armeewaffen. Bei 71% der verwendeten Waffen ist nicht dokumentiert, ob es sich um eine aktive oder ehemalige Militär- bzw. Dienstwaffe handelte.

⁴ https://www.eda.admin.ch/dam/fr/sd-web/ned4EaR33akr/Bericht-NAP1325-Peer-Review_EN.pdf heruntergeladen am 13.10.26

femmes protestantes

12. Oktober 2026

Die Schweiz als Trittbrettfahrerin

Die Schweiz wäre also Trittbrettfahrerin oder Profiteurin, die den eigenen Industrie- und Wirtschaftsstandort als wichtiger erachtet als das Völkerrecht, die eingegangenen Verpflichtungen für Frieden und Sicherheit und den Multilateralismus. Obwohl sie als kleiner Staat genau davon abhängt.

Deshalb empfehlen femmes protestantes ein klares NEIN zur Revision des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial.